

## Sepp Odermatt soll Präsi werden

**STANS** Der neue Präsident des Bauernverbandes Nidwalden wird an einer schriftlichen Generalversammlung gewählt (siehe auch Bauernzeitung vom 24. April). Die Mitglieder haben die Unterlagen letzte Woche erhalten, bis 8. Mai können sie ihre Stimme abgeben. Am 13. Mai wird das Wahlergebnis bekannt gegeben. Als neuer Präsident wird Landwirt Sepp Odermatt, Loh, Ennetbürgen, vorgeschlagen. Er soll neu in den Vorstand und gleichzeitig als Präsident gewählt werden. Odermatt war Landrat, ist unter anderem Vize-Präsident der Landwirtschaftlichen Bauernschaft Nidwalden und Verwaltungsrat bei der Landi Unterwalden. Er ist 56-jährig und führt einen 11,5 ha grossen Milchviehwirtschaftsbetrieb mit Jungviehaufzucht und Schweinemast. Sein Herz schlägt für die Landwirtschaft und er setzt sich ein für eine gute Vertretung gegenüber Politik und Gesellschaft, begründet er seine Motivation. Odermatt würde die Nachfolge von Hansueli Keiser, Eigenthal, antreten. *js*



Nominiert: Sepp Odermatt, Loh, Ennetbürgen. *(Bild zVg)*

# Wenig Kreditstundung gefragt

**Corona-Krise** / Treuhandstellen und Kreditkassen erhalten nur wenige Anfragen für Hilfsmassnahmen.

**SURSEE** Die Corona-Schutzmassnahmen, welche nun stufenweise gelockert werden sollen, haben auch bei einigen Bauernbetrieben zu Einschränkungen oder Umsatzeinbussen geführt. So sind Spezialbetriebe betroffen, beispielsweise mit Be-

geben, die sich nach Hilfsmöglichkeiten erkundigten, derzeit sei es aber sehr ruhig. Gfeller geht davon aus, dass viele Aargauer Bauern, auch Weinbaubetriebe, wissen, wie sie mit ausserordentlichen Situationen, sei es wegen Frost oder Trockenheit,



«Wir haben rasch und unbürokratisch entschieden.»

Samuel Brunner, Geschäftsführer Luzerner Kreditkasse

senbeizen, oder Anbieter von Events auf Bauernhöfen, teils auch Direktvermarkter mit Fokus auf Kunden in der Gastronomie. Bund, Kantone und weitere Organisationen bieten vielfältige Hilfen an, auch finanzieller Art. Darüber wird seit Beginn der Krise auch auf den Websites der Agrotreuhandstellen und der landwirtschaftlichen Kreditkassen informiert. Letztere bieten zudem die Möglichkeit, dass die Rückzahlung von Agrarkrediten gestundet werden kann oder Betriebshilfedarlehen beansprucht werden können.

### Keine Gesuche im Aargau

Davon sei im Aargau aber bisher nicht Gebrauch gemacht worden, sagt Markus Gfeller von der Aargauischen Landwirtschaftlichen Kreditkasse. «Wir hatten noch kein einziges Gesuch für die Gewährung von Ausfällen bei Agrarkrediten.» Es habe anfänglich zwar Anfragen von betroffenen Spezialbetrieben ge-

umgehen müssen und wohin sie sich wenden könnten.

### Rückzahlungen verlängert

Immerhin einige Stundungen von Krediten, «aber nicht Dutzende», wurden hingegen im Kanton Luzern gewährt, sagte Samuel Brunner, Geschäftsführer der Kreditkasse. «Wir haben rasch und unbürokratisch entschieden.» Das seien vor allem Betriebe mit Eventräumen und Gastroangeboten, aber auch vereinzelt Direktvermarkter von Fleisch, welche vor allem in die Gastronomie liefern. Ihnen wurde der Agrarkredit verlängert, die Rückzahlungstranche für dieses Jahr erlassen. Einige Kunden seien auch schon zufrieden gewesen, dass ihnen der Zahlungstermin vom Frühjahr auf den Herbst verschoben wurde, ergänzte Brunner.

Keine Gesuche gab es in Luzern für Betriebshilfedarlehen. Das sei ja auch kein Tagesgeschäft, das sofort entschieden



Bauernhöfe, welche Gäste bewirten, müssen derzeit wegen des Versammlungsverbots Umsatzeinbussen hinnehmen. Das Bild stammt vom letztjährigen Brunch am 1. August. *(Archivbild Bauz)*

werden könne, sondern bedinge ein Gesuch und Abklärungen.

### Unsicherheit bleibt

Es bleibe aber eine Unsicherheit, wie sich trotz der Lockerungen des Lockdowns die Marktsituation auch für herkömmliche Bauernbetriebe in nächster Zeit entwickle, meinte Samuel Brunner. Gut möglich, dass der Preissturz bei Mastkälbern oder ein sinkender Absatz für andere Fleischproduzenten dazu führen könnte, dass in den nächsten Monaten noch Liquiditätspässe auf mehr Bauernhöfen entstehen würden. Nur wenig Anfragen verzeichneten die Agrotreuhandstellen der Region. Im Kan-

ton Schwyz kamen Anfang April solche von Besenbeizen oder Anbietern von Spielgruppen auf Bauernhöfen, welche sich nach Unterstützungsmöglichkeiten erkundigten, erklärte Anita von Rickenbach. Agro Treuhand Schwyz erarbeitete deshalb ein Merkblatt, auf welchem die Hilfsmassnahmen gelistet sind und wie dafür vorzugehen ist. Beispielsweise, wie Erwerbssatzschädigung oder Kurzarbeitsentschädigung zu erhalten ist oder dass die Eingabefrist für die Prämienverbilligung bis Ende Jahr verlängert wurde, oder welche Liquidationshilfen es für Unternehmen gibt. Teils sei den Kunden auf Wunsch auch beim

Ausfüllen der entsprechenden Gesuchsformulare geholfen worden. In letzter Zeit sei es aber wieder ruhiger geworden.

### Abfederung dank Beiträgen

Martin Wicki von der Treuhandstelle des Bauernverbandes Aargau wie auch Bruno Elmiger von Agro Treuhand Sursee erklären, dass sie kaum Meldungen wegen finanzieller Engpässe auf Bauernbetrieben oder Anfragen diesbezüglich erhalten haben. Offenbar habe die Ankündigung der vorgezogenen Ausrichtung der ersten Tranche der Direktzahlungen betroffenen Betrieben Sicherheit verliehen, meint Wicki. *Josef Scherer*

# Für weniger Gerüche vom Bauernhof

**Ressourcenprojekt** / Zentralschweizer reichen ein überarbeitetes Gesuch beim Bundesamt für Landwirtschaft ein.

**SURSEE** Die Ernüchterung und Enttäuschung war gross, als letzten Sommer das von einer breiten Trägerschaft eingereichte Gesuch für ein Ressourcenprojekt vom Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) abgelehnt wurde.

### Emissionsarme Ställe

Zu wenig ambitioniert und zu wenig innovativ sei das Gesuch gewesen, beschied das BLW dem Luzerner Bäuerinnen- und

Bauernverband (LBV) als Vertreter der Trägerschaft. Die besteht neben dem LBV aus den Zentralschweizer Landwirtschafts- und Umweltschutzämtern, dem Zentralschweizer Bauernbund und der Gemeinde Hohenrain. Ziel des Projekts war die Reduktion der Ammoniak- und Geruchsimmissionen. Diese Problematiken seien geblieben und dringend, und es bestünden grosser Handlungsbedarf und auch grosse Ziellücken, vor allem beim Am-

moniak. Die Trägerschaft hat das Gesuch nach Rücksprache mit dem BLW überarbeitet, vereinfacht und die Kosten reduziert. Nun wird ein zweiter Anlauf genommen, diese Woche wurde das aktualisierte Gesuch eingereicht. Beim Modul Ammoniak wird der Fokus auf die Erstellung von emissionsarmen Stallungen bei Schweinen und Rindern gelegt. So sollen in den nächsten Jahren zwölf Musterställe für Rindvieh und sechs für Schwei-

ne entstehen. Diese Betriebe sollen die Emissionen aus Stall und Laufhof je nach Tierart um 40 bis 45 Prozent reduzieren.

### Weniger Gerüche

Auf Milch- und Mutterkuhbetrieben soll zur Reduktion des Ammoniaks bei der standortangepassten Produktion und Optimierung der gesamten Futterkette angesetzt werden.

In vier Pilotgemeinden sollen die Gerüche so weit reduziert

werden, dass sie nicht mehr «übermässig» sind. Innovativ sei, dass die Problematik landwirtschaftlicher Geruchskonflikte fundiert und lösungsorientiert aufgearbeitet werde. Konkret sollen technische, organisatorische und gesellschaftlich-soziale Massnahmen umgesetzt werden.

### Mehr Wertschöpfung

Im Bereich Ammoniak wolle die Branche Verantwortung übernehmen, und auch die Stabilisierung der Tierbestände thematisieren, heisst es in der Zusammenfassung. «Das Projekt fokussiert auf Synergien statt Zielkonflikte und zeigt Wege aus der Sackgasse beim tierfreundlichen und emissionsarmen Bauen auf.» Die Stallbaubranche soll stark ein-

gebunden werden. Es sollen auch langfristige Entwicklungen in Richtung weniger Tiere und mehr Qualitätsproduktion und Wertschöpfung angesprochen werden.

### 54 Projektbetriebe

Am Projekt beteiligen könnten sich 54 Bauernbetriebe aus den sechs Zentralschweizer Kantonen. Diese erhalten während der sechsjährigen Projektdauer maximal 50 000 Franken, im Schnitt 31 000 Franken, wird im Gesuch vorgeschlagen. Insgesamt soll das Ressourcenprojekt mit einer vorgesehenen Dauer von 2021 bis Ende 2026 rund 4,8 Millionen Franken kosten. Davon würde der Bund 76 Prozent tragen, die Kantone, Gemeinden und die Branche den Rest. *Josef Scherer*



Stall und Laufhof gehören zu den grössten Quellen von Ammoniakemissionen. *(Archivbild Bauz)*

Reklame

Mit uns schützen Sie Ihre Angestellten: global versichert!

**Für die Landwirtschaft!**  
Alle Versicherungen aus einer Hand.

Ihre Beratungsstelle:  
Luzerner Versicherungsberatung  
Tel. 041 925 80 70  
lubb@luzernerbauern.ch